

KÖLNER FORUM
FÜR
INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN
UND
SICHERHEITSPOLITIK



KFIBS-ANALYSE

Die Kaschmirfrage: Nachbeben der Diplomatie

**Indisch-pakistanische Annäherung – neue Qualität
in den bilateralen Beziehungen?**

Von Anna I. Zwenger
zwengeranna@yahoo.de

Ausgabe
4/05

* * *

Annäherung im Zeichen der Katastrophe

„Lassen sie uns diese Chance nutzen und den Kaschmirkonflikt ein für alle Mal lösen“, so die starken Worte des pakistanischen Präsidenten Pervez Musharraf. Auf der Geberkonferenz in Pakistans Hauptstadt Islamabad am 19. November 2005 bemühte sich Musharraf redlich darum, dankbar und zuversichtlich in die Zukunft zu blicken. Und er hatte auch allen Grund dazu, sagte die internationale Staatengemeinschaft ihm doch knapp 5,9 Milliarden Dollar Unterstützung für die Opfer des Erdbebens vom 8. Oktober zu. Von Indien forderte Musharraf eine ganz besondere „Spende“: die Lösung des seit 1947 schwelenden Konflikts um Kaschmir.

Durch die tragischen Folgen des Erdbebens hat sich den beiden Ländern Indien und Pakistan in der Tat eine einmalige Chance geboten: Fern aller Rivalität und Forderung ist nun enge Kooperation vonnöten, um den Opfern der Naturkatastrophe zu helfen. Es gibt keinen Schuldigen, daher müssen und können die beiden Regierungen jenseits der politischen Kaschmirproblematik zusammenarbeiten.

Allerdings ist diese Zusammenarbeit mit einigen Schwierigkeiten verbunden, und es bleibt anzuraten, nicht allzu optimistisch zu sein. Beide Staaten müssten die tief verwurzelte Skepsis gegenüber dem jeweils Anderen, die nunmehr 58 Jahre währt, endlich über Bord werfen; ob ihnen dies in Anbetracht der hilfsbedürftigen Opfer gelingen wird, bleibt abzuwarten.

Trotz der Katastrophe ist das Aufeinanderzugehen keine Stärke der beiden Konfliktparteien, weder Indiens noch Pakistans. Im Folgenden sollen Entstehung und Entwicklung des Kaschmirkonflikts sowie die jüngsten Annäherungen zwischen Indien und Pakistan beleuchtet werden. Des Weiteren sollen die Chancen, aber auch die Schwierigkeiten der jetzigen Situation aufgezeigt werden.

Dimensionen der Kaschmirproblematik

Der gegenwärtige Status und auch die Zukunft des ehemaligen Fürstentums Kaschmir ist seit der Teilung der britischen Kolonie Indien in die Staaten Indien und Pakistan

ungeklärt und umstritten. Der Kaschmirkonflikt hat im Laufe seiner Geschichte eine Eigendynamik entwickelt, die eine Lösung in weite Ferne gerückt hat. Immer wieder kam es zu kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen den beiden Ländern Indien und Pakistan. Besondere Brisanz erhielt der Konflikt durch den Aufstieg der beiden Nationen zu Atommächten Ende der 1990er Jahre, der den Konflikt um die nukleare Komponente erweiterte. Damit erhielt dieser regionale Konflikt eine weltpolitische Dimension mit einem hohen nuklearen Risikopotenzial.

Wie angespannt das Verhältnis der beiden Länder zueinander war, macht die indische Reaktion auf den Anschlag auf das indische Parlament vom 13. Dezember 2001 deutlich, die, wie noch später zu erläutern sein wird, um Haaresbreite zu einer nuklearen Eskalation geführt hätte. Im Gegensatz dazu steht das Verhalten Indiens und auch Pakistans im Kontext der Bombenattentate vom 29. Oktober dieses Jahres in Neu-Delhi: Hier ist die positive Entwicklung in den bilateralen Beziehungen deutlich erkennbar.

Wurzeln der Gewalt

Doch vorab ein kurzer Rückblick in die Geschichte, um auf diese Weise den aktuellen Stand der Auseinandersetzungen und die gegenwärtige Annäherung mit ihren Hindernissen besser einschätzen zu können.

Mit dem Ende der britischen Herrschaft über den Subkontinent Indien erarbeiteten Vertreter der Unabhängigkeitsbewegung und der Kolonialmacht einen Teilungsplan. Demgemäß sollte das eigenständige Protektorat Kaschmir zu Indien oder Pakistan beitreten. Pakistan, das sich von Anfang an als muslimische Nation verstand, beanspruchte Kaschmir, da es zu drei Vierteln von Muslimen bewohnt wird. Indien hingegen sah in Kaschmir die Bestätigung der säkularen und föderalen Staatsstruktur des Landes. Ursächlich hierfür ist das Selbstverständnis der beiden Staaten, welches letztlich zur Teilung Britisch-Indiens geführt hatte. In der realen Gefahr der Unterdrückung der muslimischen Bevölkerung im hinduistisch dominierten Indien sah Pakistan sein Selbstverständnis als unabhängige Islamische Republik begründet. Jahrzehntelange kommunale Auseinandersetzungen zwischen Muslimen und Hindus schienen ein solches Streben zu rechtfertigen. Indien allerdings insistierte auf seinen Anspruch auf Kaschmir mit dem größten Anteil an muslimischer Bevölkerung in Indien, um die Heterogenität

und Säkularität der Republik Indien zu bekräftigen. Durch die Aufteilung des Subkontinents in Indien und Pakistan wurden die kommunalen Konflikte zwischen Hindus und Muslimen auf eine nationale Ebene gehoben – und damit zu einem Grundkonflikt zwischen Indien und Pakistan. Seinen sichtbarsten Ausdruck findet dieser in Kaschmir, denn aufgrund ihres Selbstverständnisses sehen sich beide Staaten zu einem alleinigen Anspruch auf die Region legitimiert.

Zum eigentlichen Konflikt kam es, weil sich der damalige kaschmirische Maharadscha, selbst ein Hindu, keinem der beiden Länder so recht anschließen wollte. Er zeigte sich unentschlossen und kokettierte mit der Möglichkeit zur Autonomie. Dies kam weder für Pakistan oder Indien noch für Großbritannien in Frage. Eine Eskalation, d. h. ein Aufeinanderprallen der beiden Rivalen Indien und Pakistan, schien unvermeidbar, da keiner der beiden Staaten Kompromissbereitschaft signalisierte.

So kam es am 27. Oktober 1947 zum ersten Kaschmirkrieg: Pakistan hatte kurzerhand den Fürstenstaat des unentschlossenen Maharadschas besetzt, und Indien konterte mit einem Gegenschlag seiner Armee. Am 27. Juli 1949 einigte man sich schließlich auf einen Waffenstillstand. Der Himalajastaat wurde entlang der Waffenstillstandslinie, seit 1972 *Line of Control* bzw. „Kontroll-Linie“ genannt, geteilt, die bis auf einige Änderungen die heutige Trennlinie zwischen dem pakistanischen und dem indischen Kaschmir darstellt, aber von keinem der beiden Länder jemals als offizielle Staatsgrenze anerkannt worden ist. Indien kontrolliert seither zwei Drittel des Territoriums als Unionsstaat *Jammu und Kaschmir* der Republik Indien. Der andere Teil *Azad Kaschmir*, das „Freie Kaschmir“ und die *Northern Areas* werden von Pakistan als Teil der Islamischen Republik Pakistan verwaltet. Mit dieser Teilung Kaschmirs wurde ein *Status quo* geschaffen, der militärisch wie politisch extrem aufgeladen war und wenig Handlungsspielraum zuließ. Im Laufe der Geschichte kam es immer wieder zu kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen den beiden Staaten und außerdem zur vermehrten Tätigkeit terroristischer Organisationen.

Die heutige diplomatische Annäherung Indiens und Pakistans in der Kaschmirfrage, die besonders seit 2003 zu beobachten ist, fördert im Moment zwar den Dialog zwischen beiden Staaten, aber zu weiteren Konzessionen scheinen beide Seiten bis heute nicht bereit zu sein. Zu sehr halten beide Länder an den Wurzeln der Auseinandersetzung fest.

Radikalisierung des Konflikts in den 1990er Jahren

Wie bisher zu sehen war, begannen die Auseinandersetzungen als ideologisch angeheizter *Nation-Building*-Konflikt um ungeklärte Territorialfragen. Durch das Zutun beider Staaten ist bis heute eine Konfliktdynamik vorhanden, die sich nicht mehr so leicht kontrollieren, geschweige denn beenden lässt.

Indien sah sich von Anfang an als politische Größe im Unionsstaat *Jammu und Kaschmir*, verweigerte sich einem – von pakistanischer Seite immer wieder geforderten – Referendum und nahm massiven Einfluss auf die politischen Verhältnisse in der Region. Besonders die Manipulation der Wahlen von 1987 in *Jammu und Kaschmir* führte zur Radikalisierung der Bevölkerung. Die indische Regierung hatte ihre Legitimität verloren und keinen Raum für die muslimischen Politiker gelassen. Damit eskalierte der Konflikt zu einem Bürgerkrieg im Kaschmirtal, wo sich die Frustration eines großen Teils der Bevölkerung in Untergrundaktivitäten entlud. Pakistan hatte von Anfang an separatistische Kräfte unterstützt, hoffte es doch auf den Anschluss Kaschmirs an sein Territorium durch einen Volksaufstand.

In der ersten Hälfte der 1990er Jahre setzten sich die Aufständischen noch aus den politisch engagierten Muslimen in Kaschmir zusammen, die sich hauptsächlich in der *Jammu and Kashmir Liberation Front*, der JKLF organisierten, und ein unabhängiges, säkulares Kaschmir forderten. Die JKLF verlor allerdings im weiteren Verlauf durch die Ablehnung von Indien und mangelnder Unterstützung durch Pakistan an Bedeutung. Im Gegenzug haben radikalere Gruppierungen an Bedeutung gewonnen. Primär sind dies islamisch geprägte Organisationen wie die *Hizbul-Mujabideen* (HUM), die „Partei der Glaubenskämpfer im heiligen Krieg“. Die HUM ist propakistanisch und wurde von Pakistan tatkräftig unterstützt. Ihre Anhängerschaft besteht hauptsächlich, wie die der JKLF, aus Kaschmiris, obwohl die HUM auch Pakistanern und Afghanen offen steht.

Im Verlauf der 90er Jahre wurden weitere Organisationen in Kaschmir aktiv, die sich mehrheitlich nicht mehr aus Kaschmiris, sondern aus Krieg erfahrenen afghanischen Kämpfern, die von Pakistan ausgebildet und eingeschleust wurden, zusammensetzten. Erwähnenswert ist in diesem Kontext die *Harkat-ul-Ansar*, die „Bewegung der Gefährten des Propheten“. 1993 erklärte der damalige stellvertretende Ministerpräsident Afghanistans, dass die afghanische Regierung die Vereinigung von Vorgänger-

organisationen zur *Harkat-ul-Ansar* gefördert habe. Diese Äußerung war bereits ein klares Signal für die Zusammenarbeit von Pakistan und Afghanistan. Seit 1996 tritt die Organisation auch unter dem Namen *Jaish-i-Mohammed* (die „Armee Mohammeds“) auf. Eine weitere wichtige Gruppierung ist *Lashkar-i-Taiba*, das „Heer der Reinen“. Sie wird für die Bombenanschläge in Delhi am 29. Oktober dieses Jahres verantwortlich gemacht. Auch diese Organisation besteht aus jungen Pakistanis und Afghanen, die sich hauptsächlich im Umfeld eines islamischen Bildungszentrums in der Nähe des pakistanischen Lahore zusammenfanden. Dieses Bildungszentrum hatte einen besonders hohen Stellenwert für das pakistanisch-afghanische Netzwerk und für die Ausbildung der afghanischen *Taliban*. Für Pakistan war die Unterstützung der *Taliban*-Regierung an die Unterstützung der Freiheitskämpfer Kaschmirs gekoppelt. Dieser Zug der pakistanischen Außenpolitik machte die Regierung und das Militär des Landes in zentralen Fragen der nationalen Sicherheit abhängig von Organisationen, die weder leicht zu steuern noch zu kontrollieren sind.

Von der Eskalation zur Entspannung: Der „Kampf gegen den Terrorismus“

Der Kaschmirkonflikt zwischen Indien und Pakistan hat auf internationaler Ebene, durch die Ereignisse des 11. September 2001 bedingt, erheblich an Bedeutung gewonnen. So „entschloss“ sich der pakistanische Präsident Musharraf – aufgrund massiven Drucks der USA – zu einem Kurswechsel und stellte die Unterstützung der *Taliban* offiziell ein. Des Weiteren wurden wichtige Mitglieder der *Lashkar-i-Taiba* und *Harkat-ul-Ansar* verhaftet. Die USA streben offenbar einen dauerhaften Ausgleich zwischen beiden Ländern an. Indien und Pakistan standen dieser Politik lange Zeit reserviert gegenüber. Indien hatte seit Beginn des Konflikts eine offizielle Vermittlung in der Kaschmirfrage abgelehnt. Pakistan hatte die Internationalisierung des Konflikts angestrebt, fürchtete aber gleichzeitig ein amerikanisches Engagement, das sich langfristig auch gegen den Nuklearwaffenbesitz des Landes hätte richten können. Diese Bedenken haben sich allerdings mittlerweile durch die enge Kooperation im so genannten Kampf gegen den Terrorismus zerstreut.

Die Entwicklungen nach dem 11. September in Südasien hatten diese Tendenz nachhaltig begünstigt; kurz nachdem der Kampf gegen den internationalen Terrorismus in den Blickpunkt der Weltpolitik gerückt war, kam es am 13. Dezember 2001 zu einem

terroristischen Anschlag auf das indische Parlament in Neu-Delhi. Indien postierte als Reaktion darauf – unter lauten Kriegsdrohungen – im Sommer 2002 Soldaten entlang der 1500 Kilometer langen Grenze zu Pakistan. Der Anschlag, der von indischen Sicherheitskräften vereitelt werden konnte, wird den beiden zuvor genannten Gruppen *Jaish-i-Mohammed* und *Lashkar-i-Taiba* zugeschrieben. Indien machte Pakistan direkt für die Anschläge verantwortlich und zeigte sich zu kriegerischen Auseinandersetzungen bereit. Zunächst standen sich etwa eine Million Soldaten gegenüber: der größte Truppenaufmarsch in der Region seit über 25 Jahren. In Anbetracht der Tatsache, dass beide Nationen zu diesem Zeitpunkt bereits über Atomwaffen verfügten, hätte eine Eskalation des Konflikts ein unvorstellbares Ausmaß der Zerstörung haben können. Allerdings konnte durch US-amerikanische Vermittlung der Ausbruch eines Krieges verhindert und die drohende Krise entschärft werden.

Damit war aber keineswegs der Weg zu einem konstruktiven Dialog zwischen beiden Staaten geebnet. Im Gegenteil: Nach einem weiteren Anschlag islamistischer Gruppen in Nadirmarg in *Jammu und Kaschmir* am 24. März 2003, bei dem 25 Menschen getötet wurden, drohten sich die bilateralen Beziehungen erneut zu verschlechtern. Die USA hatten gerade mit dem Interventionskrieg im Irak begonnen; zeitgleich griff der damalige indische Außenminister Yashwant Sinha die amerikanische Argumentation für einen „Präventivschlag“ (*pre-emptive strike*) auf. Für ihn war Indien genauso berechtigt wie die USA in Bezug auf seine nationale Sicherheit gegen Pakistan vorzugehen, da auch die pakistanische Regierung terroristische Gruppen in Afghanistan und in Kaschmir unterstütze. Zudem verfügte Pakistan bekanntermaßen über Nuklearwaffen – und damit über Massenvernichtungswaffen. Allerdings war neben der völkerrechtlichen Problematik das reale pakistanische Nuklearpotenzial für Indien absolut untragbar. Die Rhetorik Sinhas war als Provokation gegenüber den USA zu verstehen, denn eine Auseinandersetzung bis hin zu einer möglichen nuklearen Eskalation strebte Indien nicht an.

Indien hatte stets beklagt, dass die US-Regierung bei der Bekämpfung des Terrorismus einen ambivalenten Kurs gegenüber Pakistan fahre, und kritisierte jetzt die Haltung Washingtons, das sich im Irak das Recht auf militärische Intervention zugestanden habe, Indien aber gleichzeitig zu diplomatischer Zurückhaltung bei der Terrorbekämpfung ermahne. Auch die USA mussten diese Diskrepanz letztlich

anerkennen, denn Pakistan ließ das Eindringen bewaffneter Extremisten über die Kontroll-Linie weiterhin zu, obwohl Präsident Musharraf – wie bereits erwähnt – die Unterstützung und das Einschleusen terroristischer Organisationen nach Kaschmir offiziell hatte einstellen lassen. Allerdings hat auch Indien verstanden, dass die islamistische Radikalisierung nicht allein durch den guten Willen Pakistans zu beenden sei. Terrornetzwerke lassen sich nun mal nicht so einfach kontrollieren oder gar zersprengen. Der damalige US-Außenminister Colin L. Powell wandte sich mit deutlichen Worten gegen die von Indien vorgenommene Gleichsetzung der Situation im Irak mit derjenigen in Pakistan. Unrecht hatte er damit nicht; schließlich ging und geht von Pakistan eine atomare Bedrohung aus. Im Fall des Irak hatte sich eine solche Annahme hingegen als falsch erwiesen.

Erkennbar jedenfalls ist eine Verschiebung im Verhältnis zwischen Indien und Pakistan durch den internationalen „Kampf gegen den Terrorismus“. Besonders durch die Entwicklungen im Irak-Krieg hatten sich die starren Fronten des indisch-pakistanischen Konflikts um Kaschmir etwas gelockert, und der Weg zum Dialog wurde gesucht: Pakistan war angesichts der Diskussion über die Rechtfertigung von Präventivschlägen von der vehementen Forderung nach einer internationalen Einmischung in der Kaschmirfrage abgerückt und suchte stattdessen bilaterale Verhandlungen mit Indien. Indien wiederum musste erkennen, dass die USA an ihren Beziehungen zu Pakistan auch, oder besser gesagt gerade im Rahmen der „Anti-Terror-Allianz“, festhielten.

So hatte Pakistan beispielsweise im März 2005 mit den USA den Kauf von 25 F-16-Kampfflugzeugen ausgehandelt – für einen Stückpreis von 25 Millionen US-Dollar. Washington hatte den Verkauf aus Protest gegen das pakistanische Atomprogramm 15 Jahre lang verweigert. Inzwischen aber ist das Land, wie bereits dargelegt wurde, zu einem wichtigen Verbündeten der USA im Kampf gegen den internationalen Terrorismus geworden. Allerdings hat Pakistan den geplanten Kauf verschieben müssen, um sich finanziell auf die Hilfsmaßnahmen im Erdbebengebiet konzentrieren zu können.

Dialog und Annäherung: Erste Gehversuche

Nachdem Indien und Pakistan noch im Sommer 2002 am Rande eines Krieges standen und die bilateralen Beziehungen Anfang 2003 – trotz intensiver Vermittlungsversuche der USA – noch sehr belastet waren, ist der darauf folgende Prozess der Annäherung hauptsächlich dem Bemühen des damaligen indischen Premierministers Atal Behari Vajpayee zuzuschreiben: Erste gemeinsame Beratungen kamen im Sommer 2003 zu Stande, im Zuge derer vor allem die Idee einer Buslinie in Kaschmir (vom indischen Srinagar bis zum pakistanischen Muzaffarabad) zur Sprache kam. Seither ist ein Waffenstillstand an der Kontroll-Linie in Kraft getreten. Man spricht von einem „Tauwetter“, das im indisch-pakistanischen Verhältnis 2003 begonnen habe. Die Verhandlungen kamen insgesamt recht schleppend voran und hatten anfangs rein symbolischen Charakter. Jedoch gibt es seither einen ständigen Kontakt, der zum Ziel hat, die Reisemöglichkeiten, den Austausch in den Bereichen Kultur und Sport sowie die wirtschaftlichen Beziehungen der beiden Staaten sukzessive auszuweiten. Der Regierungswechsel 2004 in Indien, bei dem die hindunationalistische *Bharatiya Janata Party* (BJP) von der *United Progressive Alliance* (UPA) unter Führung der Kongresspartei abgelöst wurde, hat diesen Prozess jedenfalls nicht zum Erliegen gebracht.

Das erste Treffen zwischen dem amtierenden indischen Premierminister Manmohan Singh und dem pakistanischen Präsidenten Pervez Musharraf (am Rande der UN-Vollversammlung vom 24. September 2004) setzte die im April 2003 begonnene Annäherung zwischen beiden Ländern fort. Zwar wurden bei diesem Treffen keine größeren Initiativen verkündet, aber der versöhnliche Ton in den Reden der beiden Staatsmänner vor der Vollversammlung demonstrierte immerhin die Bereitschaft zum Dialog und zur Zusammenarbeit. Dadurch bot sich sogleich die Möglichkeit, die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Beziehungen weiter auszubauen. Beide Seiten haben in der Kaschmirfrage eine neue Flexibilität entwickelt, wenngleich dies keinesfalls eine schnelle und endgültige Lösung des Konflikts bedeutet.

Einen ersten sichtbaren Erfolg allerdings stellt die Eröffnung der Buslinie am 7. April 2005 dar. Auch sie ist eher als ein symbolischer Akt zu bewerten, denn wie nicht anders zu erwarten, kam es bei der ersten Fahrt zu einem Anschlag militanter Gruppen. Die Buslinie ist daher nur sehr begrenzt und unter hohem Sicherheitsaufgebot nutzbar.

Indien und Pakistan sind bis heute darauf bedacht, ihre Annäherung in symbolische Gesten zu hüllen. So stellte der erste Besuch der indischen Cricket-Mannschaft in Pakistan nach 15 Jahren einen solchen Erfolg dar, dass Präsident Musharraf auch gleich die Gelegenheit ergriff, im Rahmen des folgenden Besuchs der pakistanischen Mannschaft in Neu-Delhi politische Gespräche zu führen. Vom 16. bis 18. April 2005 wurde also Sport mit Diplomatie verbunden: Premierminister Singh empfing nicht nur Musharraf, sondern auch Vertreter der muslimischen Partei *All Party Hurriyat Conference* (APHC) aus Kaschmir waren zugegen.

Die gemeinsame Abschlusserklärung aller Verhandlungsparteien sei hier besonders aufgrund zweier vereinbarter Punkte erwähnt: Erstens erklärten sich beide Seiten bereit, den eingeleiteten Friedensprozess als unverrückbar anzuerkennen; dies ist in Anbetracht der nuklearen Machtstellung beider Staaten gewiss ein sehr bedeutsamer Beschluss. Zweitens war man sich darüber einig, dass weitere Terroranschläge den Friedensprozess nicht beeinträchtigen sollten. Mit diesem Schritt stufte Pakistan also offiziell die Handlungen von militanten Gruppen als „Terrorakte“ ein und entzog diesen damit endgültig jeglichen Rückhalt. Ferner war die APHC dadurch als politischer Verhandlungspartner in Kaschmir anerkannt und wurde so klar von radikalen Organisationen abgegrenzt. Und Indien verzichtete schließlich darauf, Pakistan für terroristische Anschläge verantwortlich zu machen und die Atmosphäre der Annäherung dadurch zu gefährden.

Politisches Kalkül und Skepsis bestehen fort

Der Umgang der beiden Staaten mit den Bombenanschlägen vom 29. Oktober 2005 in Neu-Delhi zeigt deutlich die veränderte Lage, insbesondere im Umgang mit dem Terrorismus. Indien hat nicht sofort Pakistan für die Bomben verantwortlich gemacht, und Pakistan hat sich seinerseits von den Anschlägen deutlich distanziert. Sicherlich spielen auch hierbei Symbolik und Inszenierung eine wesentliche Rolle, dennoch ist dieses Verhalten als ein Fortschritt in der Annäherung beider Länder zu werten.

Nach der Anschlagsserie hat Pakistan sogar einen weiteren – symbolischen – Schritt getan und seine Unterstützung zur Aufklärung der Attentate angeboten. Musharraf erklärte am 31. Oktober, dass Pakistan zur Zusammenarbeit bei der Verfolgung der Verantwortlichen bereit sei. Er verurteilte die Anschläge scharf und stellte sich

demonstrativ auf die Seite Indiens. In der Rhetorik Indiens war ebenfalls eine Veränderung zu bemerken: In einem Telefonat mit dem pakistanischen Präsidenten am 1. November 2005 sprach Premierminister Singh von Hinweisen, die er vom Außenministerium erhalten habe. Diese besagten, dass es „ausländische Verbindungen“ zu den Anschlägen gebe; man sei hierüber besorgt und zugleich empört über den Terrorakt. Pakistan wurde aber, wie schon gesagt, für die Geschehnisse nicht direkt verantwortlich gemacht.

Man erkennt an diesem Verhalten der beiden Staatsoberhäupter, dass die vorsichtige Annäherung und der politische Dialog seit 2003 erste Früchte tragen. Dennoch: Letztlich wird der von Pakistan aus operierenden Terrorgruppe *Lashkar-i-Taiba* die Schuld an den Anschlägen gegeben. Dies zeigt einmal mehr, wie dünn das neue Band der „Freundschaft“ zwischen beiden Staaten ist, und wie vage die Durchführung vorgesehener oder versprochener Aktivitäten bzw. Abmachungen nach wie vor bleibt. Die Ereignisse nach dem Erdbeben vom 8. Oktober 2005 haben bereits erkennen lassen, dass es noch vieler vertrauensbildender Maßnahmen bedarf, um zu konstruktiven Lösungen in der Kaschmirfrage zu kommen.

Das Erdbeben und seine Folgen: Chance und Herausforderung zugleich

Das Erdbeben vom 8. Oktober dieses Jahres ist – aufgrund seiner Tragik ohne menschliches oder politisches Verschulden – eine Chance zu einer weiteren Annäherung beider Staaten. Allerdings hat sich bereits gezeigt, wie tief verwurzelt der Konflikt ist, und dass nach wie vor eine große Skepsis gegenüber der jeweils anderen Seite besteht. Indien und Pakistan befinden sich gleichermaßen in einer Art Schwebezustand zwischen dem Willen zur Bewegung einerseits und dem alten Problem des Beharrens auf dem *Status quo* andererseits. Ungeachtet der ungelösten politischen Fragen schien zunächst die Chance ergriffen worden zu sein, durch notwendige humanitäre Maßnahmen Vertrauen aufzubauen.

Indien bot unmittelbar nach dem Beben den pakistanischen Rettungsteams den Weg durch indisches Territorium an, um diesen zu ermöglichen, in abgeschnittene Bergdörfer zu gelangen. Zusätzlich offerierte Indien Armeehelikopter mit indischer Besatzung, um die Teams tatkräftig zu unterstützen. Aus sicherheitspolitischen Gründen

wurde dieses Angebot allerdings von Präsident Musharraf ausgeschlagen. Er rechtfertigte diese Entscheidung damit, dass im pakistanischen Teil hinter der Kontroll-Linie militärische Anlagen existierten. Natürlich könnten diese dem „Feind“ nicht offen präsentiert werden. Er sei sich zu „200 Prozent“ sicher, so erklärte sich Musharraf gegenüber der BBC, dass Indien ein derartiges Angebot auch ausgeschlagen hätte. Er würde die Hubschrauber lediglich ohne indische Besatzung akzeptieren. Dagegen sträubte sich wiederum Indien, da Hubschrauber Militärgeräte seien, welche nach Äußerungen des indischen Verteidigungsministers Pranab Mukherjee nicht in „Feindeshand“ gegeben werden dürften.

Zehn Tage nach dem Erdbeben kam dann schließlich der Vorschlag Musharrafs, die Kontroll-Linie zu öffnen, damit sich die Bevölkerung gegenseitig unterstützen könne und um Hilfslieferungen leichter in die Region transportieren zu können. Indien zeigte sich dazu bereit, jedoch mussten erst zahlreiche bürokratische Probleme gelöst werden. Mit den nötigen Papieren ausgestattet, sollte den Bewohnern Kaschmirs die Einreise offiziell ermöglicht werden. Eine derartige Kontrolle ist Indien wichtig, da die Attentäter vom 29. Oktober 2005 wahrscheinlich über die Kontroll-Linie ins Land gelangt waren.

Schließlich wurden Anfang November drei Grenzübergänge in Kaschmir geöffnet, um die Hilfe für die Überlebenden der Katastrophe zu erleichtern. An einem der Übergänge kam es zu einem Zwischenfall, als mehrere hundert Dorfbewohner versuchten, in den indischen Teil Kaschmirs zu gelangen. Pakistanische Polizisten feuerten Warnschüsse in die Luft und setzten Tränengas ein. Menschen können die Grenze erst seit Ende November passieren; anfänglich wurden nur Hilfsgüter verladen. Am 12. November 2005 wurde ein weiterer Grenzübergang geöffnet. Unter dem tosenden Applaus der Zuschauer von beiden Seiten der Grenze aus reichten sich zwei Armeevertreter Indiens und Pakistans auf einer Fußgängerbrücke über dem Kishen-Ganga-Fluss die Hände. Schließlich wurden bis zum 16. November alle fünf geplanten Übergänge geöffnet.

Dass diese Entwicklung so lange auf sich warten ließ, ist nur im Kontext des geschilderten politischen Konflikts um Kaschmir zu verstehen. Durch das Fortbestehen des Misstrauens und der Rivalität der Konfliktparteien bleibt es extrem schwierig, Grundlagen für einen sinnvollen Dialog zu schaffen, der dann zu schnellen Hilfsmaßnahmen führt. Eigentlich hätten sich die Dimensionen verschieben können,

denn gegenwärtig geht es nicht um die politischen Standpunkte und Streitfragen der beiden Regierungen, sondern um Hilfe für die Opfer einer Naturkatastrophe. Mit Blick auf den nahenden Winter 2005/2006 ist die Lage für die Bevölkerung äußerst prekär: Immer noch werden winterfeste Zelte benötigt. Trotz der großzügigen Spenden, die auf der Geberkonferenz im November 2005 beschlossen wurden, bleibt die Lage für die Menschen in Kaschmir auch weiterhin bedrohlich. Zusätzlich wird die politische Annäherung durch weitere Terroranschläge, wie beispielsweise die Explosion einer Autobombe am 2. November dieses Jahres im indischen Teil Kaschmirs, erschwert, bei der fünf Menschen ums Leben kamen und etwa 12 verletzt wurden. Zu dem Anschlag bekannte sich die bereits erwähnte Organisation *Jaish-i-Mohammed*.

Fazit: Hoffnung auf weitere Annäherung

Trotz der Anzeichen für die fortbestehende Radikalität verschiedener Gruppierungen werden die jüngsten Entwicklungen von Indien und Pakistan durchweg positiv bewertet. Insbesondere die Öffnung der Kontroll-Linie in Kaschmir wird von Vertretern beider Seiten als ein historischer Schritt betrachtet. Eng damit verbunden ist die Hoffnung, dass durch derartige Fortschritte bezüglich des Grenzkonflikts und durch weitere bilaterale Zusammenarbeit auch langfristig die Kaschmirfrage entschärft werden kann.